

34

82

Union in Deutschland

Bonn, den 4. November 1982

Bundeshaushalt 1983

Ein wichtiger erster Schritt zur Sanierung

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 1983 liegt vor. Nach den parlamentarischen Beratungen soll der 254-Milliarden-Etat am 17. Dezember 1983 vom Bundestag verabschiedet werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die haushaltspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung als einen bedeutenden ersten Schritt auf dem langen und schwierigen Weg zur Sanierung der Bundesfinanzen, zur Wiedergesundung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Den neuen Haushaltsentwürfen liegt erstmals seit Jahren eine ehrliche und rückhaltlose Bestandsaufnahme der Bundesfinanzen zugrunde, die katastrophale Ergebnisse der Finanzpolitik der alten Bundesregierung ans Tageslicht gebracht hat. Keine Politik ist in der Lage, diese verheerende Erblast kurzfristig zu beseitigen, erklärt der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Manfred Carstens (Emstek).

Der neuen Bundesregierung ist es trotzdem in wenigen Wochen gelungen, weitere Entlastungen für den Bundeshaushalt 1983 in Höhe von über 5,5 Mrd. DM

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wahlkampf 1983

Helmut Kohl mit aller Kraft unterstützen

Überall sind die Wahlkampf-vorbereitungen der CDU ange-laufen. Die Arbeit der Regie-rung und die Arbeit der Partei bis zum 6. März werden dar-über entscheiden, welcher po-litische Kurs eingeschlagen wird: eine Politik der Mitte, die wieder aufwärts führt oder eine rot-grüne Talfahrt. Es wird ein kurzer und „eisiger“ Wahl-kampf werden — ein Winter-wahlkampf. Einen Überblick über die geplanten Aktionen gibt Bundesgeschäftsführer Peter Radunski. Seite 9/10

■ SPD-KANDIDAT

Hans-Jochen Vogel verkörpert den kritischen Zustand der SPD
Seite 10

■ DGB

Wortlaut des Schreibens von Alfred Dregger an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit Seite 11

■ DOKUMENTATION

Unsere Glaubwürdigkeit muß erneuert werden
grüner Teil

■ ÖA

Gesamtangebot
rosa Teil

Stichworte zum Bundeshaushalt 1983

Die **Nettokreditaufnahme** konnte durch das von der Bundesregierung beschlossene Sparprogramm auf 41,5 Milliarden DM begrenzt werden. Um dieses Ergebnis zu erreichen, waren zahlreiche gesetzliche Maßnahmen notwendig, die vor allem im Bereich der nicht investiven Ausgaben zu weiteren Einsparungen von über 5,65 Milliarden DM beitragen.

Die wichtigsten Maßnahmen umfassen:

- | | |
|---|------------|
| ■ Senkung des Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit infolge verschiedener gesetzlicher Maßnahmen. Die Beiträge an die Nürnberger Bundesanstalt werden auf 4,6 Prozent erhöht | Seite
3 |
| ■ Einführung von Einkommensgrenzen beim Kindergeld und Herabsetzung der Kindergeldsätze ab dem 2. Kind. Gleichzeitig Umwandlung des Abzugs von Kinderbetreuungskosten in einen Kinderfreibetrag | 3 |
| ■ Einsparungen im öffentlichen Dienst vor allem durch eine Begrenzung des Besoldungsanstiegs 1983 | 3 |
| ■ Verschiebung der Rentenanpassung 1983 um 6 Monate und darüber hinaus zusätzliche Entlastungsmaßnahmen für die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung | 3 |
| ■ Abbau von Subventionen, Einsparungen beim BAFÖG, beim Wohngeld und im Haushaltsverfahren. | 4 |

Zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung werden folgende Maßnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 um einen Prozentpunkt und aus einer Investitionshilfeabgabe für Besserverdienende finanziert:

- | | |
|---|---|
| ■ Entlastungen bei der Gewerbesteuer mit einem Ausgleichsmechanismus für die Steuerausfälle der Gemeinden | 5 |
| ■ Erweiterter Schuldzinsenabzug für selbstgenutzte Häuser | 5 |
| ■ Befristete Rücklage bei Übernahme gefährdeter Unternehmen | 5 |
| ■ Aufstockung der Gemeinschaftsaufgaben sowie der Städtebauförderung, Krankenhausfinanzierung, Zonenrandförderung und Existenzgründungshilfen | 4 |
| ■ Verstärkte Förderung des Wohnungsbaus und Einführung eines Programms zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen | 7 |

(Fortsetzung von Seite 1)

zu finden und dadurch den strukturellen Teil des Haushaltsdefizits zurückzuführen. Wenn die Neuverschuldung dennoch höher ist als in den alten Haushaltsentwürfen, so liegt das allein an der notwendig gewordenen Berichtigung der leichtfertigen und von Anfang an unhaltbaren gesamtwirtschaftlichen Ausgangsdaten der

alten Regierung. Diese zwangsläufig hohe Neuverschuldung widerlegt zugleich den im Vorfeld der Haushaltsentscheidungen von der SPD-Opposition erhobenen unfairen Vorwurf des Kaputtsparens.

Die Bundesregierung leistet im Gegenteil beispielsweise mit zusätzlichen Zuschüssen an die Arbeitslosenversicherung einen erheblichen Beitrag zur Nachfrageerstützung.

■ BUNDESHAUSHALT 1983

Gesamtetat: 253,8 Milliarden

Die **Gesamtausgaben des Bundes** steigen 1983 gegenüber dem Soll 1982 (einschließlich 2. Nachtrag) um 2,9 v. H. auf 253,8 Mrd. DM. Das Wachstum der Bundesausgaben liegt damit immer noch deutlich unter dem erwarteten nominellen Anstieg des Bruttosozialprodukts.

Die **Nettokreditaufnahme** wird durch das von der Bundesregierung beschlossene Sparprogramm auf 41,5 Mrd. DM begrenzt. Mehrbelastungen von insgesamt über 17½ Mrd. DM schlagen sich somit nur teilweise in einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme nieder.

Zusätzliche Einsparmaßnahmen

Das **Programm** besteht aus einer Fülle gesetzlicher und anderer Maßnahmen, die bei den Haushaltsverhandlungen festgelegt worden sind. Damit wird das Ziel der Koalitionsvereinbarungen voll erreicht, weitere Einsparungen in Höhe von 5,62 Mrd. DM zu erwirtschaften. Das Sparpaket setzt sich aus folgenden wesentlichen Elementen zusammen:

Der **Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit** kann infolge verschiedener gesetzlicher Eingriffe — insbesondere beim Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld und durch Erhöhung der Beiträge an die Nürnberger Bundesanstalt — um weitere 0,1 v. H. auf 4,6 v. H. um 1,9 Mrd. DM gesenkt werden. Die Höhe des Arbeitslosengeldes bleibt unverändert.

Beim **Kindergeld** werden Einsparungen von rd. 1 Mrd. DM durch die Einführung von Einkommensgrenzen und Herabsetzung der Kindergeldsätze ab dem 2. Kind erzielt.

Eine weitere Entlastung des Bundes ergibt sich ab 1984 aus der Umwandlung des Abzugs von **Kinderbetreuungskosten** in einen Kinderfreibetrag von 432 DM je Kind und durch die Halbierung des Ausbildungsfreibetrags ab 1984.

Im Bereich des **öffentlichen Dienstes** sind Einsparungen von 750 Mill. DM vorgesehen, insbesondere durch Begrenzung des Besoldungsanstiegs 1983 auf 2. v. H. und durch Einschränkungen bei der Beihilfe. Durch diese Maßnahme werden vor allem auch die Länder und Gemeindehaushalte mit ihren hohen Personalausgaben deutlich entlastet.

Die **Subventionen** im Bundeshaushalt werden um 500 Mill. DM gekürzt. Betroffen davon sind die landwirtschaftliche Sozialpolitik, die Projektförderung des BMFT und die Subventionen aus dem Bereich des Bundeswirtschaftsministers, insbesondere die Kokskohlebeihilfe.

Durch **zusätzliche Maßnahmen** werden die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung um insgesamt 2,6 Mrd. DM entlastet. Die Rentner tragen dazu durch die sechsmonatige Verschiebung der Rentenanpassung 1983 bei. Aufgrund der neuen gesamtwirtschaftlichen Eckdaten hat sich die Finanzlage der Rentenversicherung verschlechtert. Die in den Koalitionsvereinbarungen festgelegte **weitere Kürzung des Bundeszuschusses um 1,7 Mrd. DM ist zurückgenommen worden**. Darüber hinaus wird auch die Zuschußkürzung der alten Bundesregierung um 1,3 Mrd. DM noch um 400 Mill. DM zurückgenommen, so daß insgesamt nur eine Kürzung um 900 Mill. DM bestehen bleibt.

Weitere wesentliche Einsparungen von zusammen 260 Mill. DM ergeben sich aus

den beabsichtigten Änderungen beim BA-FÖG und beim Wohngeld. 1984 beträgt die Einsparung bereits insgesamt 750 Mill. DM.

Schließlich sind im Haushaltsverfahren über 1,1 Mrd. DM gekürzt worden, davon durch **Globaleinsparungen** konsumtiver Ausgaben allein 450 Mill. DM.

Maßnahmen der Bundesregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung sowie andere steuerliche Maßnahmen

Verstärkung von Gemeinschaftsaufgaben und anderen Gemeinschaftsfinanzierungen

Die Bundesregierung hat beschlossen, zusätzliche Mittel für Gemeinschaftsaufgaben und andere Gemeinschaftsfinanzierungen bereitzustellen. Dazu gehören

- die Aufstockung der Mittel für die **Gemeinschaftsaufgabe** „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 50 Mill. DM,
- die Aufstockung der Mittel für die **Gemeinschaftsaufgabe** „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ um 130 Mill. DM und
- die Verstärkung der Mittel für die **Gemeinschaftsaufgabe** „Hochschulbau“ um 230 Mill. DM.

Darüber hinaus sind zusätzliche Mittel für die Krankenhausfinanzierung, die Städtebauförderung und die Zonenrandförderung vorgesehen.

Schließlich werden, wie in den Koalitionsvereinbarungen festgelegt, die Existenzgründungshilfen wesentlich verbessert und zusätzliche Beratungshilfen eingeführt.

Steuerliche Maßnahmen

Von dem bereits von der früheren Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Steuer-Änderungsgesetzes 1983 wer-

den nach den Vorstellungen der Bundesregierung die folgenden Änderungen weiter verfolgt:

Bestimmte **Verluste aus dem Ausland** sollen nicht mehr steuermindernd mit positiven Einkünften verrechnet werden. Die betreffende neue § 2a EStG schließt den Ausgleich ausländischer Verluste bei bestimmten Einkünften aus Gewerbebetrieben aus Land- und Forstwirtschaft, aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen mit positiven inländischen Einkünften aus und läßt den Ausgleich mit positiven ausländischen Einkünften nur noch in engen zeitlichen und sachlichen Grenzen zu. Von dem Ausgleichsverbot ausgenommen sind nur noch Verluste aus bestimmten aktiven gewerblichen Tätigkeiten, die in Auslandsbetriebsstätten inländischer Unternehmen ausgeübt werden und im Interesse der deutschen Volkswirtschaft förderungswürdig sind. Die neue Regelung erweitert das Ausgleichsverbot, das für einen Teil der ausländischen Verluste bereits heute aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen besteht.

Die Einschränkung der Bildung von **Rückstellungen wegen Verletzung fremder Patent- und anderer Schutzrechte**.

Die Begrenzung der pauschalen Berücksichtigung von **Vorsorgeaufwendungen nicht sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer** (insbesondere der Beamten) auf höchstens 2 000,— DM/4 000,— DM (Ledige/Verheiratete), wobei die Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen für Kinder unberührt bleibt.

Von folgenden Änderungen des bereits vorliegenden Gesetzentwurfs soll abgesehen werden:

Beschränkung der steuerlichen Entlastungswirkung des **Ehegattensplittings**. Hier soll es bei der bisherigen Ausgestaltung des Splitting-Verfahrens bleiben.

Anhebung des **pauschalen Lohnsteuer-Satzes** von 10 v. H. auf 15 v. H. für bestimmte **Zukunftsicherungsleistungen**

zugunsten von Arbeitnehmern. Auch hier soll es beim bisherigen Pauschsteuersatz von 10 v. H. bleiben.

Folgende zusätzliche Änderungen im steuerlichen Bereich werden vorgeschlagen:

Einkommensteuergesetz

Durch eine **befristete Rücklage bei Übernahme stillgelegter oder von Stilllegung bedrohter Betriebe** soll den besonderen Risiken steuerlich Rechnung getragen werden, die sich bei Erwerb solcher Betriebe ergeben können, z. B. aus der bisherigen Unrentabilität, Anlaufverlusten anlässlich der Übernahme, Unsicherheiten bei der Beurteilung des für den erworbenen Betrieb relevanten Markts sowie der betriebsinternen Situation.

Es ist vorgesehen, **für die Dauer von drei Jahren** einen um 10 000,— DM **erweiterten Schuldzinsenabzug für selbstgenutzte Häuser** (§ 21a EStG) einzuführen. Der erweiterte Schuldzinsenabzug gilt für Eigenheime, mit deren Bau nach dem 30. September 1982 begonnen wird und die vor dem 1. Januar 1987 fertiggestellt werden. Bei Kauf eines Eigenheimes müssen Fertigstellung und Erwerb innerhalb desselben Kalenderjahres erfolgen.

Nach den Koalitionsvereinbarungen ist eine grundlegende Reform des **Familienlastenausgleichs** in Aussicht genommen. Im Hinblick hierauf wird bei der Einkommensteuer wieder ein **Kinderfreibetrag** eingeführt, der später in ein Familiensplitting einmünden soll. Der Kinderfreibetrag wird 432,— DM für jedes Kind betragen und in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet, so daß er entsprechend der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Kinderzahl im Lohnsteuerabzugsverfahren automatisch berücksichtigt wird. Kinder nicht dauernd getrennt lebender oder geschiedener Ehegatten sowie nichteheliche Kinder werden nur bei einem Elternteil berücksichtigt. Dem anderen Elternteil soll jedoch ein Kinderfreibetrag von 216,— DM gewährt werden, wenn er seiner Un-

terhaltsverpflichtung gegenüber dem Kind nachkommt. Die Berücksichtigung des halben Kinderfreibetrags bei Arbeitnehmern soll auf Antrag durch die Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte erfolgen.

Der Abzug von Kinderbetreuungskosten soll künftig entfallen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Abzugsmöglichkeit mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden und auch keineswegs von allen Berechtigten in Anspruch genommen worden ist. An die Stelle dieser Regelung tritt der Kinderfreibetrag, der allen Berechtigten gleichmäßig zugute kommt. Für die Jahre 1980 bis 1982 wird eine Übergangsregelung für alleinerziehende Elternteile dahin getroffen, daß sie ebenso wie zusammenlebende Ehegatten einen Höchstbetrag von 1 200 DM statt wie bisher 600 DM auf Antrag in Anspruch nehmen können.

Die **Ausbildungsfreibeträge** sollen ab 1984 um die Hälfte gekürzt werden. Dies steht im Zusammenhang mit der geplanten Umstellung der BAFÖG-Förderung auf Darlehensbasis.

Gewerbesteuergesetz

Die Steuerbelastung der Wirtschaft soll künftig stärker als bisher an der Ertragskraft der Betriebe ausgerichtet werden. Deshalb ist vorgesehen, durch eine Änderung des Gewerbesteuergesetzes die ertragsunabhängigen Grundlagen der Gewerbesteuer zu beschränken und damit **gewerbliche Unternehmen fühlbar von der Gewerbesteuer zu entlasten.** Ab 1984 sollen Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer nur noch zur Hälfte hinzugerechnet werden. Für 1983 ist bereits eine Kürzung der Hinzurechnung auf 60 v. H. vorgesehen. Die den Gemeinden durch diese Maßnahmen entstehenden Einnahmefälle sollen durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage ausgeglichen werden.

Umsatzsteuergesetz

Zur Finanzierung der beschlossenen Entlastungen bei den direkten Steuern, die

vor allem der Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft dienen, soll die **Umsatzsteuer ab 1. Juli 1983 angehoben werden**. Der allgemeine Steuersatz erhöht sich hiernach von 13 auf 14 v. H. und der ermäßigte von 6,5 auf 7 v. H. Gleichzeitig wird die Vorsorgepauschale für die Landwirtschaft von 7,5 auf 8 v. H. erhöht.

Angebot des Bundes an die Länder zur Verteilung der Umsatzsteuer

Die Bundesregierung hat am 27. Oktober 1982 ein neues Angebot des Bundes im Rahmen der laufenden Bund/Länder-Verhandlungen zur Umsatzsteuerneuverteilung beschlossen.

Das Angebot des Bundes zur Umsatzsteuerneuverteilung besteht aus folgenden Komponenten:

- ① Wegfall der 1-Mrd.-DM-Ausgleichszahlung der Länder an den Bund,
 - ② Erhöhung der Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer um 1 v. H.-Punkt zu Lasten des Bundesanteils (neues Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer: Bund 66,5 v. H., Länder 33,5 v. H.),
 - ③ Gewährung von Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder in bisheriger Höhe von 1,5 v. H.-Punkten des Umsatzaufkommens zu Lasten des Bundesanteils.
- Dieses Paket hat eine Einnahmeverlagerung vom Bund zugunsten der Länder (einschließlich Gemeinden) zur Folge, deren Höhe in den Jahren 1983 und 1984 jeweils rd. 2 Mrd. DM beträgt (= Wegfall 1 Mrd. DM — Ausgleichszahlung + 1 zusätzlicher v. H.-Punkt des Länderanteils an der Umsatzsteuer).

Ausgleich für Gemeinden aufgrund der gewerbsteuerlichen Entlastungen für Betriebe

Die Erleichterungen für Betriebe bei der Gewerbesteuer führen zunächst bei den

Gemeinden zu hohen Steuerausfällen. Diese Ausfälle werden über eine Senkung der Gewerbesteuerumlage ausgeglichen. Den Gemeinden fließt insgesamt ein höherer Betrag aus der Senkung der Gewerbesteuerumlage zu, als ihnen an Gewerbesteuer ausfällt.

Gesamtvolumen der Entlastungen für Länder und Gemeinden

Insgesamt gesehen führen die Maßnahmen der Bundesregierung auf der Ausgabe- und Entlastungen für Länder und Gemeinden von über 3 Mrd. DM für 1983. Rechnet man die steuerlichen Entlastungen hinzu — einschließlich der Mittel für die Umsatzsteuerneuverteilung — beträgt das Entlastungsvolumen über 6½ Mrd. DM und wird sich im Jahre 1984 auf über 8½ Mrd. DM erhöhen.

Investitionshilfeabgabe

Der Entwurf eines Investitionshilfegesetzes enthält die **Erhebung einer unverzinslichen rückzahlbaren besonderen Abgabe** für die Jahre 1983 und 1984, deren Aufkommen gezielt zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden soll.

Die Bundesregierung hält den Wohnungsbau für ein Sofortprogramm zur Belebung der Wirtschaft als besonders geeignet, weil der Einsatz der aus der Abgabe zu erwartenden Mittel diesen Bereich der Nachfrage ohne lange Vorlaufzeiten entscheidend stärken kann. Die Abgabe erfaßt nur Einkommensbezieher mit Einkommen ab 50 000 DM bei Alleinstehenden und ab 100 000 DM bei Verheirateten sowie die körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen. Damit soll erreicht werden, daß die Abgabe möglichst weitgehend aus dem Sparpotential ohne Einschränkung des nachfragewirksamen Privatverbrauchs bestritten werden kann.

Die Abgabe knüpft erhebungstechnisch an die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie an

Bundeshaushalt 1983: Einzelplanübersicht – Ausgaben

Einzelplan	Soll 1982 + Entwurf 2. Nachtrag	Entwurf 1983	Veränderung gegen Vorjahr
	in Mio. DM		in v. H.
01 Bundespräsidialamt	15,7	15,5	— 1,3
02 Bundestag	364,5	364,1	— 0,1
03 Bundesrat	10,0	10,0	+ 0,0
04 Bundeskanzleramt	415,6	439,2	+ 5,7
05 Auswärtiges Amt	2 305,5	2 283,7	— 0,9
06 Inneres	3 497,9	3 533,3	+ 1,0
07 Justiz	360,6	358,8	— 0,5
08 Finanzen	3 455,2	3 531,7	+ 2,2
09 Wirtschaft	4 615,7	4 212,1	— 8,7
10 Ernährung, Landwirtschaft	6 097,7	5 944,2	— 2,5
11 Arbeit und Soziales	59 722,0	58 924,8	— 1,3
12 Verkehr	24 775,0	24 807,9	+ 0,1
13 Post- und Fernmeldewesen	16,2	12,2	— 24,7
14 Verteidigung	44 061,3	46 180,6	+ 4,8
15 Jugend, Familie, Gesundheit	18 726,6	17 235,9	— 8,0
19 Bundesverfassungsgericht	12,2	12,0	— 1,6
20 Bundesrechnungshof	41,3	41,3	+ 0,0
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 030,1	6 262,9	+ 3,9
25 Raumordnung, Bauwesen	5 128,3	4 830,9	— 5,8
27 Innerdeutsche Beziehungen	439,4	453,7	+ 3,3
30 Forschung und Technologie	7 078,5	6 911,8	— 2,4
31 Bildung und Wissenschaft	4 494,1	4 603,7	+ 2,4
32 Bundesschuld	25 250,5	31 213,1	+ 23,6
33 Versorgung	10 214,4	10 072,2	— 1,4
35 Verteidigungslasten	1 463,8	1 508,6	+ 3,1
36 Zivile Verteidigung	767,1	791,5	+ 3,2
60 Allgemeine Finanzverwaltung	17 268,4	19 284,3	+ 11,7
Gesamtsumme	246 627,5	253 840,0	+ 2,9

den Lohnsteuer- und Kapitalertragsteuerabzug an. Um zusätzliche Belastungen des Investitionsablaufs der Wirtschaft zu vermeiden, kann die Abgabe durch bestimmte Investitionen kompensiert werden.

Die Rückzahlung der Abgabe ist für die Jahre 1987 bis 1989 vorgesehen.

Mit dem Aufkommen aus der Investitionshilfeabgabe werden folgende Maßnahmen finanziert:

■ Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Verstärkung des Sozialpro-

gramms (1. Förderweg) um insgesamt 500 Mill. DM,

■ Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Verstärkung des Eigentumsprogramms (2. Förderweg) um insgesamt 1 500 Mill. DM,

■ Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen mit einem Volumen von insgesamt 500 Mill. DM.

Die Maßnahmen werden insbesondere den Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten verstärken und die Schaffung neuen selbstgenutzten Wohnraums anregen.

Vorrangiges Ziel: Mehr Wehrgerechtigkeit

Zur geplanten Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes der SPD erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hermann Kroll-Schlüter u. a.:

13 Jahre hatte die SPD Zeit, aus der Regierungsverantwortung heraus das drängende Problem der Neuregelung des Wehr- und Zivildienstes zu lösen. Sie hat sich permanent geweigert, einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Der jetzt vorgelegte Entwurf der SPD ist nicht mehr als ein Offenbarungseid. Zur Zeit beträgt die Zahl der unerledigten Anträge in allen vier Instanzen ca. 80 000. Diesen Rückstau nimmt die SPD anscheinend gar nicht zur Kenntnis. Der vorliegende Gesetzentwurf ist zum Scheitern verurteilt, weil er durch die Aufteilung der Kompetenzen auf das Bundesamt für den Zivildienst und das BMJFG zusätzliche Bürokratie schafft und den jungen Menschen keine Hilfe, sondern Verwirrung beschert.

Ein solides Konzept bedeutet eine Neuregelung auf der Basis folgender Grundsätze:

- Verfassungsrang von Einrichtungen und Funktionsweise der Bundeswehr
- Vorrang des Wehrdienstes vor dem Zivildienst
- vorrangiges Ziel: Mehr Wehrgerechtigkeit
- Gewährleistung der hinreichenden Erkennbarkeit der Gewissensgründe
- Verlängerung des Zivildienstes um mindestens sechs Monate
- klare Beschreibung und Bestimmung der Zivildienstplätze.

Finanzierungstricks der Regierung Schmidt

Daß die Finanzierung der fortgeschrittenen Reaktorlinien — Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor — seit langem notleidend war, ist bekannt. Daß die alte Bundesregierung sich wie ein Konkursunternehmen von Zahltag zu Zahltag hangelte, ist ebenfalls bekannt. Nicht bekannt war aber bis jetzt ein von der Regierung Schmidt angewandter Finanzierungstrick, nämlich die Beleihung von Bewilligungsbescheiden. Dies ging so:

Die immer höheren Mehrkosten für die fortgeschrittenen Reaktorlinien wuchsen der alten Bundesregierung über den Kopf. Die im Haushalt bereitgestellten Mittel waren längst aufgebraucht, aber neues Geld wurde dringend benötigt, um Löhne und Gehälter auf den Baustellen zahlen zu können. Daraufhin erteilte die Regierung Schmidt Bewilligungsbescheide, die ein Zahlungsverprechen erst für zukünftige Jahre enthielten. Den Baufirmen und Lieferanten wurde unter der Hand zu verstehen gegeben, daß man sich mit diesen Bescheiden Geld bei Banken leihen könnte. So weit, so gut, könnte man sagen. Das Wunder schien geschafft, auf den Baustellen konnte weitergearbeitet werden, und der Bund brauchte vorerst kein neues Geld.

Das dicke Ende kommt: Die Zinsen für diese Beleihung von Bewilligungsbescheiden verteuern die Bauvorhaben weiter und müssen von der öffentlichen Hand letzten Endes bezahlt werden. Deshalb muß die neue Bundesregierung jetzt 600 Millionen Mark zusätzlich im 2. Nachtragshaushalt 1982 bereitstellen, um diese außerhalb des Haushaltsrechts gelaufenen Machenschaften wieder in Ordnung zu bringen und weiteren Schaden abzuwenden.

Wahlkampf '83

Helmut Kohl mit aller Kraft unterstützen

Überall sind die Wahlkampf vorbereitungen der CDU angelaufen. Im Bund haben wir die Wahlkampfplanungen mit den Landesgeschäftsführern abgestimmt. In den Kreisverbänden beginnen die Kandidatenaufstellungen, und in Stadtbezirks- und Gemeindeverbänden sowie in den Ortsverbänden wird in einer ersten Aktion den Mitbürgern die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl nahegebracht. Verteilt wird die Zeitung „CDU extra“, die auf vier Seiten, journalistisch und aktuell aufgemacht, die zentralen Punkte der Regierungserklärung wiedergibt, stellt Bundesgeschäftsführer Peter Radunski fest.

In Bonn ist die Regierung Helmut Kohl an die Arbeit gegangen, Bundeskanzler Helmut Kohl hatte einen großartigen Start. Die Arbeit der Regierung und die Arbeit der Partei in den nächsten Monaten bis zum 6. März werden darüber entscheiden, welche politische Richtung in der Bundesrepublik Deutschland eingeschlagen wird: eine Politik der Mitte, die wieder aufwärts führt oder eine rot-grüne Talfahrt.

Am 6. März wird es darum gehen, der Regierung Helmut Kohl ihre faire Chance zu sichern, damit sie den begonnenen Weg fortsetzen kann. Ein Weg, der herausführen wird aus der Wirtschafts- und Sozialkrise und über geordnete Finanzen zum geordneten Staat weist.

Es wird ein kurzer, eisiger Wahlkampf werden — ein Winterwahlkampf. Noch mehr als sonst werden wir den Wählern entgegenkommen: über die Massenmedien und über die Partei. Kreisverbände, Stadtbezirksverbände, Gemeindeverbände, aber auch Ortsverbände werden dafür sorgen, daß wir den Wählern unsere Informationen ins Haus bringen. Mit Zeitungen im Wahlkampf wollen wir das erreichen. Vor allem aber werden wir mit den Menschen sprechen, den Arbeitskollegen, den Nachbarn, den Vereinsfreunden.

Bis zum Ende dieses Jahres geht es zunächst darum, die politische Argumentation für die neue Regierungspolitik aufzubauen. Dabei steht die Regierungserklärung im Mittelpunkt. In der Zeit von Januar bis 6. März findet dann der Wahlkampf statt, wie wir ihn mit Fernseh- und Hörfunkspots, Plakatierungen, Anzeigen sowie den Aktionszeitungen aus früheren Wahlkämpfen kennen. Eine große Mobilisierungskampagne beginnt im Januar. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, wird zusammen mit Generalsekretär Heiner Geißler auf insgesamt vier Regionalkonferenzen alle Funktionsträger in die Wahlkampf führung einstimmen.

Dieser Wahlkampf wird voller Aktionen sein. Im Zentrum steht das Handeln der Regierung Kohl. Die zentralen Wahlkampfveranstaltungen des Bundeskanzlers werden der Höhepunkt im Wahlkampf sein. Wir werden deshalb Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Politik der Mitte mit aller Kraft und auf allen Ebenen der Partei unterstützen.

■ KANZLERKANDIDAT

Hans-Jochen Vogel verkörpert den kritischen Zustand der SPD

Mit Hans-Jochen Vogel haben Präsidium und Bundesvorstand der SPD einen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahlen am 6. März 1983 benannt, der zu einer kritischen Beurteilung herausfordert. Hans-Jochen Vogel ist der Vollstrecker der Strategie des SPD-Vorsitzenden Brandt, einen rot-grünen Pakt links von der Mitte herbeizuführen, stellt Heiner Geißler fest.

Vogel verkörpert nicht eine mehrheitsfähige Alternative zu Bundeskanzler Helmut Kohl, sondern den kritischen Zustand der SPD.

Die bisherige Politik von Hans-Jochen Vogel begegnet Bedenken und muß einer kritischen Beurteilung unterzogen werden.

1. Vogel ist in München daran gescheitert, seine Partei zu führen. Er konnte es nicht verhindern, obwohl er das wollte, daß die Münchener SPD zu einer Partei der Flügelkämpfe wurde, in der der marxistische Flügel jahrelang die Politik bestimmte.

2. Als Bundeswohnungsbauminister war er für den Niedergang des Wohnungsbaus und damit für die neue Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich. Unter seiner Verantwortung hat sich die Zahl der fertiggestellten Mietwohnungen halbiert, während sich die Zahl der Baufirmen, die Pleite gingen, verdoppelte. Ganz unmittelbare Verantwortung trug Vogel als zuständiger Minister dafür, daß heute Häuser leerstehen und das Problem der Hausbesetzungen überhaupt entstanden ist. Durch das Mieterschutzgesetz von 1974 und das Verbot von Zeitmietverträgen wurde es unmöglich, auch in Sanierungsvierteln, zum Beispiel Wohnungen für kurze Zeit zu vermieten. Aber gerade diese Möglichkeit hätte beispielsweise den Wohnungsmarkt in Berlin mit seinen über 50 000 Studenten entscheidend entlastet und das Problem illegaler Hausbesetzungen weitgehend entschärft.

3. Als Bundesjustizminister zeichnete Vogel für eine Rechtspolitik verantwortlich, die zwischen 1974 und 1980 zu drei Gesetzen führte, die vom Bundesverfas-

Helmut Kohl hat aus der CDU eine Volkspartei gemacht. Er ist einer der erfolgreichsten Parteiführer in der westlichen Welt: Heute hat die Union zwei Drittel der kommunalen Mandate, es gibt neben der CDU-geführten Bundesregierung sechs CDU-geführte Landesregierungen. Die CDU hat heute 715 000 Mitglieder und kann, zusammen mit der CSU und den Vereinigungen, jetzt mehr als eine Million Mitglieder vorweisen.

Die deutsche Nation wird von einem Mann geführt, dem die Menschen vertrauen können. Seit Helmut Kohl Bundeskanzler ist, können die Deutschen wieder zuversichtlich sein, daß die Krise gemeinsam gemeistert werden kann. Helmut Kohl weist den Weg und er tut das in einem Stil, der anders ist als der seines Vorgängers: menschlich, praxisbezogen und ehrlich.

sungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden sind:

— das 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts (§ 218), für nichtig erklärt am 25. Februar 1975;

— das Ausbildungsförderungsgesetz, für nichtig erklärt am 12. Dezember 1980;

— das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und das Zivildienstgesetz, für nichtig erklärt am 13. März 1978.

Nicht viel besser erging es dem Justizminister Vogel mit der Scheidungsrechtsreform. Das Bundesverfassungsgericht erklärte die automatische Scheidung, die nach spätestens fünfjähriger Trennung ausgesprochen werden sollte, für verfassungswidrig und verlangte darüber hinaus weitgehende Gesetzesänderungen.

4. In seiner kurzen Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin hat Vogel wesentlich zu der damals um sich greifenden Rechtsunsicherheit beigetragen. Damals wurden über einhundert Häuser besetzt. Er machte den Vorschlag, Strafanträge bei Hausfriedensbruch nicht zu stellen oder sie wieder zurückzunehmen. Die Folge davon: Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigungen wurden zu Vogels Amtszeit in Berlin nicht mehr konsequent strafrechtlich verfolgt. Es war kein Wunder, daß sich die Polizei im Stich gelassen fühlte und die Gewerkschaft der Polizei sich am 13. Februar 1981 beschwerte: „Es ist unerträglich, daß Polizeibeamte bei der rechtmäßigen Ausübung von ihrer Führung zurückgepiffen werden.“

Als er gemeinsam mit den Alternativen aus der Opposition heraus Innensenator Lummer stürzen wollte, konnten ihn besonnene Kräfte seiner eigenen Partei nur mit Mühe zurückhalten.

Die Alternative für den 6. März 1983 ist klar: der Wähler hat die Wahl zwischen einer Politik der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl und einem rot-grünen Pakt unter Hans-Jochen Vogel.

■ DGB

Union wünscht konstruktiven Dialog

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat nachfolgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, gerichtet:

Sehr geehrter Herr Breit!

Der DGB hat sich in den vergangenen Tagen kritisch mit der Politik der neuen Bundesregierung auseinandergesetzt. Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages nimmt Kritik und Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ernst. Wir anerkennen die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des DGB und das hohe Verantwortungsbewußtsein seiner Führung und seiner Mitglieder. Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Bundesregierung kann nicht konfliktfrei sein. Sie war es nie in den über dreißig Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland, sie wird es auch in Zukunft nicht sein. Ich gehe davon aus, daß Sie mit mir der Auffassung sind, daß die vor uns liegenden Probleme Bundesregierung und Gewerkschaften wie auch die Verbände der Wirtschaft zum konstruktiv kritischen Dialog und zur Zusammenarbeit zwingen.

1. Die Arbeitslosigkeit hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht; sie wird unvermeidbar in den kommenden Wintermonaten die Grenze von zwei Millionen Arbeitslosen weit übersteigen.

2. Die Entwicklung unseres Bruttosozialprodukts wird 1982 negativ verlaufen; die

von der Bundesregierung vorgesehenen Wachstumsimpulse werden erst im Verlauf des Jahres 1983 greifen.

3. Die Defizite der öffentlichen Haushalte haben eine besorgniserregende Höhe erreicht; gegenüber dem Haushaltsentwurf der früheren Bundesregierung ist eine zusätzliche Finanzierungslücke von 16 bis 17 Milliarden DM zu schließen.

4. Die Krise von Arbeitsmarkt und öffentlichen Finanzen hat die Sozialversicherung erfaßt; die tragenden Säulen unserer sozialen Sicherung sind bedroht. Die Rentenversicherung steht vor ernstesten Liquiditätsproblemen. Auf Grundlage der in der Operation '83 der früheren Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen hätte die Rücklage der Rentenversicherung 1984 nur noch 0,11 Monatsausgaben betragen. Der Zuschußbedarf der Arbeitslosenversicherung wächst aufgrund der weiteren Verschlechterung dramatisch an.

Die neue Bundesregierung stellt sich diesen Herausforderungen. Die Union hat die Politik der früheren Bundesregierung aus der Opposition kritisch begleitet. Die Union hat Alternativen vorgelegt zur Politik der früheren Bundesregierung. Sie hat ihre Vorstellungen als Opposition nicht durchsetzen können. Die Union lehnt deshalb die Übernahme der politischen Verantwortung für die jetzt eingetretene schwierige Situation für Beschäftigung, Wirtschaft und öffentliche Haushalte ab.

Hauptfeind unserer Politik ist die Arbeitslosigkeit. Die Politik braucht Mittel zur Bekämpfung und Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Deshalb müssen wir den Bürgern Opfer zumuten. Keiner Regierung und keiner Partei fällt das leicht. Ebenso schwer ist es, Opfer hinzunehmen. Ohne Verzicht aber werden wir alle ärmer.

Die frühere Bundesregierung hatte die Kraft verloren, das Notwendige zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, zur Gesundung unserer Wirtschaft und zur Konsoli-

dierung der öffentlichen Finanzen zu tun. Ihre Politik war ohne Perspektive. Die neue Bundesregierung hat Zeichen für eine Politik der Erneuerung gesetzt. Sie stellt sich der Aufgabe, die jetzt notwendigen Haushaltsentscheidungen zu treffen und wird sich mit ihrer Politik dem Wähler stellen.

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages legt Wert auf die Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie will den konstruktiven Dialog. Dialog setzt Fairneß auf beiden Seiten voraus und das Bemühen um Objektivität in der Beurteilung der Ausgangslage, vor der wir stehen. Im Interesse unserer Bürger darf dem notwendigen Dialog und der Zusammenarbeit nicht durch Einseitigkeit, Intoleranz oder Polemik die Grundlage entzogen werden. Nach meinem Eindruck ist dies auch der Wunsch der Mehrheit unserer Bürger.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir recht bald zu einer Vertiefung dieser Gedanken zusammentreffen könnten.

SPD-Linke wollen NATO-Doppelbeschuß kippen

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel haben die SPD-Linken, angeführt von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Thüsing und Meinike, die Katze aus dem Sack gelassen. Sie treten mit dem Bielefelder Appell, eine Organisation von Parteilinken der SPD, dafür ein, daß der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses zu Fall gebracht wird, ohne daß eine entsprechende sowjetische Gegenleistung erbracht wird. Damit wird in Mitteleuropa die einseitige Aufrüstung der UdSSR festgeschrieben und zur Dauerbedrohung West- und Mitteleuropas, erklärt der CDU/CSU-Abgeordnete Harm Dallmeyer, Mitglied des Verteidigungsausschusses.

■ CDU RHEINLAND-PFALZ

Mit aller Entschiedenheit um die absolute Mehrheit kämpfen

Kämpferische Aufbruchstimmung und gewohnt solidarische Geschlossenheit bestimmten den 27. Parteitag der rheinland-pfälzischen CDU in Lahnstein. Mit Helmut Kohl für Deutschland und mit Bernhard Vogel für Rheinland-Pfalz wird die Union bei den Bundes- und Landtagswahlen im März kommenden Jahres offensiv ihr Doppelziel angehen, eine deutliche Bestätigung für den Neuanfang in Bonn und den klaren Führungsanspruch für Rheinland-Pfalz zu erreichen, damit dieses Land stabil bleibt.

Der mit überwältigender Mehrheit bei nur 11 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen wiedergewählte Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, ließ keinen Zweifel daran, daß das im Klartext heißt: Mit aller Entschiedenheit um die absolute Mehrheit kämpfen.

Dabei kann die CDU in Rheinland-Pfalz zwei wichtige Aktivposten gegenüber ihrem politischen Gegner aufbringen: ihre Glaubwürdigkeit als geschlossene Partei, in der es „keine Flügelkämpfe und Verständigungsschwierigkeiten“ gibt, und ihr klares Sachprogramm.

Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten leiden unter der gleichen Gespaltenheit, die auch bei den Bonner Genossen in entscheidenden Fragen die Partei in mehrere Lager auseinandergerissen hat: Ihr Landesvorsitzender, konstatierte Vogel, „spricht anders über die Kernenergie als der Fraktionsvorsitzende. Über den

NATO-Doppelbeschluß denkt die eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten so, die andere anders, ein halbes Dutzend Bürgermeister haben die SPD des Landes verlassen, weil sie das imperative Mandat nicht mehr ertragen.“ An die Adresse der FDP gewandt, erinnerte Vogel an die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit, die er aufgrund guter Erfahrungen, die man heute in machen Kreisen, Städten und Gemeinden mache, auch für die Zukunft nicht ausschließen möchte; er ließ jedoch keinen Zweifel, daß in der gegenwärtig ungewissen Zeit nur eine klare absolute Mehrheit das Land vor Hamburger Verhältnissen bewahren könne.

Wichtiger als die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist für die CDU in Rheinland-Pfalz das eigene Konzept. Die Bundesrepublik brauche eine geistige Erneuerung: „Wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Der Tag des Neubeginns in Bonn war nicht der Beginn der Ellenbogengesellschaft. Aber es war das Ende der Anspruchsgesellschaft“, stellte Vogel unter dem Beifall der Delegierten fest.

Die CDU nehme die seit 1949 größte Herausforderung an. Dabei kann sie in Rheinland-Pfalz auf die Erfolge der letzten vier Jahre und auf ihr Arbeitsprogramm für die kommende Legislaturperiode setzen, das nach lebhafter Diskussion auf allen Ebenen der Partei auf dem Lahnsteiner Parteitag abschließend von den Delegierten beraten und verabschiedet wurde.

Wichtigste Aufgabe für die Zukunft ist der Abbau der Arbeitslosigkeit, wengleich

man in Rheinland-Pfalz dank konsequenter Strukturpolitik im Vergleich zu anderen günstig dasteht. Einen wichtigen Beitrag will die CDU durch die Förderung von Investitionen leisten. Vogel nannte vor allem drei Bereiche:

Durch Sonderprogramme soll der Wohnungsbau mit Hilfe der neuen Bonner Regierung gefördert werden. Die Anstrengungen um eine breitgefächerte, krisenfeste, preiswerte und umweltschonende Energieversorgung werden fortgesetzt.

Das Kabelpilotprojekt in Ludwigshafen schließlich setzt nicht nur 60 Millionen an Investitionen frei, die leicht um weitere 25 Millionen gesteigert werden können, wenn man etwa eine Stadt wie Frankenthal mit hineinnähme; dieses Projekt wird auch kontrolliert erproben, wie die Bürger von einem zusätzlichen privaten Medienangebot Gebrauch machen.

Mit minutenlangem Beifall dankten die Delegierten Otto Meyer, der nach 14 Jahren Amtszeit nicht mehr als stellvertretender Landesvorsitzender kandidierte, für seine loyale selbstlose Arbeit für die Partei. Nachfolger wurde Landtagspräsident Albrecht Martin, ein Mann, der nach den Worten Vogels die Partei daran erinnern könne, daß „Nachdenken vor Handeln gesetzt“ werden müsse.

Zum Schluß des Parteitages war Bundeskanzler Helmut Kohl zu „seinem“ Landesverband nach Lahnstein gekommen. Von Bevölkerung und Delegierten auf einer Kundgebung begeistert gefeiert, verband er seinen Dank für loyale Unterstützung in guten und schlechten Tagen mit dem Appell zum kämpferischen Aufbruch: Statt sich bei guten Demoskopien zu beruhigen, müsse die Partei in den kommenden Monaten „bei Eis und Schnee“ mit den Bürgern draußen über ihr Programm reden; die Wähler müßten vor die Alternative gestellt werden, ob sie die verlässliche Politik der CDU wollten oder ob sie sich für

die von Willy Brandt und anderen angestrebte rot-grüne Koalition entscheiden und damit für eine „andere Republik“, wie sie vom entscheidenden Teil der Grünen angestrebt werde. Die Zeche für gefährliche Wunschträume in der Wirtschafts- und Friedenspolitik müßten, wie die Vergangenheit gezeigt habe, aber am Ende dann immer die Bürger bitter bezahlen.

Entscheidende Impulse will Kohl in Richtung Europa geben: Wenn es nicht gelinge, in den 80er Jahren die notwendigen Schritte zur Einigung zu tun, sei die historische Stunde verpaßt, die größere politische Einheit Europa zu schaffen, die für unsere Zukunft lebenswichtig sei.

Kohl zeigte sich überzeugt, daß seine Politik zurück zu den nüchternen Realitäten von breiter Zustimmung getragen werde, wenn es gelinge, sie den Bürgern deutlich zu machen. Die Bürger seien bereit, für eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Opfer zu bringen, wie „beachtliche Zeichen des guten Willens“ demonstrierten. Die große Mehrheit sei wie in schweren Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen, zusammenzustehen und selber mit Hand anzulegen.

Kiep wieder mit bewährter Mannschaft

Wie erwartet, wird die Hamburger CDU zur Bürgerschaftswahl am 19. Dezember wieder mit derselben Mannschaft antreten wie bei der Wahl am 6. Juni. Auf einer Vertreterversammlung wurde die Spitzenkandidatur von Walther Leisler Kiep mit 189 von 192 Stimmen bei drei Enthaltungen bestätigt. Bei der gleichzeitig aufgestellten Liste für die Bundestagswahl blieb der Landesvorsitzende Jürgen Echternach wieder auf Platz eins. Er erhielt 176 von 201 Stimmen. 17 Delegierte stimmten gegen ihn, acht enthielten sich der Stimme. Alle Bewerber für die beiden Listen wurden ohne Gegenkandidaten gewählt.

STICHWORT:

Lohnpause

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, hat Anfang Oktober den Tarifpartnern eine Lohnpause vorgeschlagen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sollen sich darauf einigen, Lohn- und Gehaltserhöhungen um sechs Monate zu verschieben.

Dieser Vorschlag ist nicht zu verwechseln mit einem staatlich verordneten Lohnstopp, wie er in Frankreich jüngst gesetzlich erzwungen wurde. Eine solche Maßnahme wäre in der Bundesrepublik Deutschland auch verfassungsrechtlich gar nicht möglich, da Artikel 9 des Grundgesetzes den Tarifpartnern die Tarifautonomie garantiert.

Der Bundesarbeitsminister appelliert vielmehr an die Einsicht der Tarifpartner. Infolge des Zwangs zur Sanierung des Bundeshaushaltes müssen Rentner und Sozialhilfeempfänger eine Verschiebung der Anpassung der Renten und Sozialhilfeleistungen in Kauf nehmen und dazu noch eine Begrenzung des Anstiegs dieser Leistungen. Auch die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sind betroffen. Daher sollen sich nun zur Erhaltung der sozialen Gerechtigkeit auch die anderen Bevölkerungsgruppen diesem Opfer anschließen.

Norbert Blüm hat darauf hingewiesen, daß eine Lohnpause ohne Gegenleistungen der Arbeitgeber nicht denkbar ist. Außerdem sei es selbstverständlich, Revisionsklauseln aufzunehmen, so daß bei einem unerwarteten Preisanstieg sofort neu verhandelt werden kann.

Die Verschiebung von Lohnerhöhungen ist keineswegs eine neue Erfindung. Be-

reits 1967/68 wurden für 87 Prozent der Arbeitnehmer die Lohn- und Gehaltserhöhungen erst mit zum Teil erheblicher Verzögerung wirksam. So wurde aufgrund von Tarifvereinbarungen mit der IG Metall und deren damaligem Vorsitzenden Otto Brenner eine neunmonatige, im öffentlichen Dienst eine sechsmonatige, in der Textilindustrie eine siebenmonatige und im Baugewerbe eine dreimonatige Lohnpause vereinbart. Durch diese freiwillige Begrenzung des Lohnanstieges trugen die Gewerkschaften damals zur raschen Überwindung der Rezession bei.

In der amerikanischen Automobilindustrie, die in den letzten beiden Jahren erhebliche Verkaufseinbußen hinnehmen mußte, sind im laufenden Jahr mehrere Tarifverträge abgeschlossen worden, in denen die Automobilarbeitergewerkschaft UAW auf Lohnerhöhungen verzichtet. Dies geschah in der Erkenntnis, daß die hohen Produktionskosten zu erheblichen Absatzschwierigkeiten angesichts billigerer Importe von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen aus dem Ausland und damit zur Bedrohung von Arbeitsplätzen führe.

Der Appell von Norbert Blüm hat bereits erste positive Wirkungen gezeigt. Der größte deutsche Automobilkonzern hat angekündigt, bei Wirksamwerden einer Lohnpause die nächste Preiserhöhung um über ein halbes Jahr zu verschieben. Die Deutsche Bundespost als staatliches Unternehmen wird ein gutes Beispiel geben und 1983 keine Gebührenerhöhung vornehmen. Auch die Ärzteverbände bringen ihre Solidarität zum Ausdruck und wollen noch ein weiteres halbes Jahr auf Honoraranhebungen verzichten.

Auch die Wissenschaft meint: Eine Lohnpause wird vielen Unternehmen den Gang zum Konkursrichter ersparen und Spielraum für dringend notwendige arbeitsplatzsichernde Investitionen schaffen.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- | | |
|---|---|
| <p>6. 11. LV Hessen
 <i>Europapolitischer Ausschuß,
 Bad Nauheim</i></p> <p>6./7. 11. Junge Union
 <i>Niedersachsen
 Europa-Seminar,
 Bad Bevensen</i></p> <p>6. 11. MIT Fachkongreß
 <i>„Frau im Mittelstand“
 Heidelberg</i></p> <p>6 11. BV Südbaden
 <i>Offene Bezirksausschußsitzung,
 Titisee</i></p> <p>6. 11. CDA Hessen/Rheinland-Pfalz
 <i>Bez.-Konf. Westhessen/Wes-
 terw.,
 Limburg</i></p> <p>6./7. 11. CDA Bund
 <i>Bundestagung:
 AG Christl. Dem. DGB-Ge-
 werksch.,
 Osnabrück</i></p> <p>6. 11. CDA Westfalen-Lippe
 <i>Führungseminar, Dortmund</i></p> <p>6. 11. LV Schleswig-Holstein
 <i>Jugend-Disco mit Dr. Barschel,
 Geesthacht</i></p> <p>8. 11. CDU Präsidium
 <i>Sitzung, Bonn</i></p> <p>8. 11. CDU Bundesvorstand
 <i>Sitzung, Bonn</i></p> | <p>8. 11. LV Saar
 <i>Landesvorstand, Saarbrücken</i></p> <p>9. 11. CDA Südliches Rheinland
 <i>Gründung DGB-AG, Wesseling</i></p> <p>9. 11. CDA LV Saar
 <i>Landesvorstand,
 Saarbrücken, Landtag</i></p> <p>10. 11. CDA Bremen
 <i>Landesvorstand, Bremerhaven</i></p> <p>10. 11. Junge Union LV Saar
 <i>Landesvorstand,
 Saarbrücken, Landtag</i></p> <p>12. 11. CDU Bund
 <i>BFA Wirtschaftspolitik, Sitzung
 Unter-A. Forschung, Bonn, KAH</i></p> <p>12. 11. CDU Bund
 <i>BFA Kulturpolitik,
 7. Sitzung, Bonn, KAH</i></p> <p>12. 11. Frauenvereinigung Saar
 <i>Landesausschuß, Landsweiler-
 Reden</i></p> <p>12. 11. Frauenvereinigung Saar
 <i>Thema „Strafvollzug i. Saarl.“,
 Landsweiler-Reden</i></p> <p>12. 11. LV Schleswig-Holstein
 <i>Jugend-Disco, Hüllerop</i></p> <p>13. 11. CDA LV Westfalen-Lippe
 <i>Landesvorstand, Dortmund</i></p> <p>13./14. 11. Junge Union Niedersachsen
 <i>Umweltfachtagung, Stade</i></p> <p>13. 11. CDA Hessen
 <i>Betriebsgruppen-Arbeitsgem.,
 Bad Homburg</i></p> <p>15. 11. CDA Bund
 <i>Fachtag. „Entwicklungspolitik“,
 Königswinter</i></p> |
|---|---|

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.